Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3517

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/1 — 31109 — 5532/65

Bonn, den 9. Juni 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 20. Dezember 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der deutsche und französische Wortlaut des Vertrages, des Protokolls und des Briefwechsels sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern des Auswärtigen und für Wirtschaft gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 283. Sitzung am 4. Juni 1965 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 20. Dezember 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tunis am 20. Dezember 1963 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem Protokoll und den drei Briefwechseln vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE REPUBLIK TUNESIEN

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird diese Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen oder ihnen in sonstiger Weise unmittelbar oder mittelbar zustehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE

DÉSIREUSES d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

SOUCIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants ou des sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat et

RECONNAISSANT qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations,

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1er

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante et admettra ces investissements en conformité de sa législation. Elle traitera ces investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 2

(1) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante sont propriétaires ou qu'ils détiennent de toute autre manière directement ou indirectement, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(2) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer des Kapitals sowie der Erträge einer Kapitalanlage und, im Falle der Liquidation, des Liquidationserlöses der Kapitalanlage.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfange wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(2) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié, être effectivement réalisable, librement transférable et être versée sans délai. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés. De tels versements seront librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

Chaque Partie Contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante le libre transfert du capital, ainsi que le libre transfert du produit de l'investissement et, en cas de liquidation, du produit de la liquidation de l'investissement.

Article 5

Si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante, effectue des versements à ses propres ressortissants ou sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 10, reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie Contractante ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications (droits transmis) que la première Partie Contractante sera autorisée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en question en vertu de la transmission des droits, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire approuvé par les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre des paragraphes 2 ou 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 ou de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation, admise aux termes de l'article IV section 3 de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S., à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement admettront un cours de change juste et équitable.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit, als sie günstiger ist, vor.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Article 7

(1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation primera le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable

(2) Chaque Partie Contractante respectera toute autre obligation qu'elle aura assumée relativement à des investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante sur son territoire.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen" umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;
b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
e) öffentlich-rechtliche Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge" bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
   Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
b) in bezug auf die Republik Tunesien:
   natürliche Personen tunesischer Staatsangehörigkeit im Sinne des Staatsangehörigkeitsgesetzes.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften" bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
   jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

Article 8

(1) Le terme « investissements » comprend toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement:

a) la propriété de biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage etc.;
b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;
c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;
d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et les éléments incorporels du fonds de commerce (good will);
e) les concessions de droit public, y compris les concessions de recherche et d'exploitation.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par « produits » les montants versés à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements pour une période déterminée.

(3) On entend par « ressortissants »

a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
   les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;
b) en ce qui concerne la République Tunisienne:
   les personnes physiques de nationalité tunisienne au sens donné par le code de la nationalité.

(4) On entend par « sociétés »

a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
   toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et constituée légalement en conformité de la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non;

b) in bezug auf die Republik Tunesien:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Tunesien hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

b) en ce qui concerne la République Tunisienne:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République Tunisienne et constituée conformément à la législation en vigueur, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die schon vor seinem Inkrafttreten, jedoch nicht vor dem 20. Dezember 1963 von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften vorgenommen wurden.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité de la législation de l'autre Partie Contractante, effectué sur le territoire de cette dernière dès avant l'entrée en vigueur du présent Traité, mais pas avant le 20 décembre 1963.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Article 10

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Article 11

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Tunesien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

GESCHEHEN zu Tunis am 20. Dezember 1963 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Tannstein
Oskar Schlitter

Für die Republik Tunesien:
Ahmed ben Salah

Article 12

A l'exception des dispositions du paragraphe 7 du Protocole relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Tunisienne dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 13

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussi tôt que possible à Bonn.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 12 resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

FAIT à Tunis, le 20 décembre 1963 en quatre originaux, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:
Tannstein
Oskar Schlitter

Pour la République Tunisienne:
Ahmed ben Salah

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Zu Artikel 1

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrages. Soweit ein Zulassungsverfahren für die Kaptialanlage erforderlich ist, genießt diese Kapitalanlage diesen Schutz vom Zeitpunkt der Zulassung an.

(2) Zu Artikel 2

a) Als „Betätigung" im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: jede Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.

b) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) Zu Artikel 3

a) zu Absatz 2

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter „Enteignung" ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

b) zu Absatz 3

In Abweichung von Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 kann jede Vertragspartei bei der Gewährung einer Leistung im Sinne des Artikels 3 Absatz 3 Satz 1 bestimmen, daß diese Leistung in ihrem Hoheitsgebiet wiederangelegt wird, wenn dies im Interesse des Wiederaufbaus erforderlich ist und dem Berechtigten ohne Nachteil zugemutet werden kann. In jedem Fall gewährleisten die Vertragsparteien jedoch einen Transfer unter denselben Bedingungen, die sie in entsprechenden Fällen den Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines dritten Staates gewähren.

(4) Zu Artikel 4

a) Der Begriff „freier Transfer des Kapitals" bezieht sich auf das in das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eingeführte Kapital.

b) Als „Liquidation" im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweise Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

Protocole

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité.

(1) Ad article 1er

Les investissements effectués sur le territoire de l'une des Parties Contractantes, en conformité de sa législation, par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante jouissent de l'entière protection du présent Traité. Dans la mesure où une procédure d'agrément est nécessaire à un investissement, ce dernier jouit de cette protection à compter de la date d'agrément.

(2) Ad article 2

a) Seront considérés comme «activité» au sens du paragraphe 2 de l'article 2 notamment, mais pas exclusivement, l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Seront considérées notamment comme «traitement moins favorable» au sens du paragraphe 2 de l'article 2: toute restriction à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme «traitement moins favorable» au sens de l'article 2.

b) Le paragraphe 2 de l'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en qualité de salarié.

(3) Ad article 3

a) ad paragraphe 2

Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 sont également applicables au passage d'un investissement de capital en propriété publique, à sa mise sous contrôle public ou aux interventions analogues des autorités publiques. On entend par «expropriation» le retrait ou la limitation de tout droit de propriété qui, seul ou conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement de capital.

b) ad paragraphe 3

En dérogation au paragraphe 3 de l'article 3, deuxième phrase, et lors de l'octroi d'une prestation dûe en vertu du paragraphe 3 de l'article 3, première phrase, chaque Partie Contractante peut décider que cette prestation soit réinvestie sur son territoire, si une telle mesure est nécessaire dans l'intérêt de la reconstruction et peut être imposée sans dommage à l'ayant-droit. Dans chaque cas, cependant, les Parties Contractantes assurent le transfert aux mêmes conditions que celles qui seraient octroyées dans des cas analogues aux ressortissants ou sociétés d'Etats tiers.

(4) Ad article 4

a) Le terme «libre transfert du capital» se réfère au capital importé dans le territoire de l'une des Parties Contractantes.

b) Est également considérée comme «liquidation» au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

(5) Zu Artikel 6

Als „unverzüglich" durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 8

a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

b) „Gewinnanteile" und „Zinsen" im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 sind die Nettobeträge.

c) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(7) Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschiffahrt oder Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind, oder von Personen, wenn die Beförderung im Zusammenhang mit einer solchen Kapitalanlage erfolgt, ausschalten oder behindern. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrages angelegt sind, sowie für Personen, wenn die Beförderung im Auftrage eines solchen Unternehmens erfolgt.

GESCHEHEN zu Tunis am 20. Dezember 1963 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Tannstein
Oskar Schlitter

Für die Republik Tunesien:
Ahmed ben Salah

(5) Ad article 6

Est considéré comme effectué « sans délai » au sens du paragraphe 1 de l'article 6, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête y relative et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) Ad article 8

a) Les produits de l'investissement et, en cas de réinvestissement, les produits de leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement.

b) Au sens du paragraphe 2 de l'article 8 on entend par « bénéfice » et « intérêt » les montants nets.

c) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.

(7) Chaque Partie Contractante s'abstiendra de prendre des mesures contraires aux principes de la libre concurrence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation de la navigation maritime ou aérienne de l'autre Partie Contractante au transport de marchandises destinées aux investissements de capitaux au sens du présent Traité, ou de personnes dont le transport a lieu en connexion avec de tels investissements. Cette disposition s'applique également aux marchandises acquises sur le territoire d'une Partie Contractante ou d'un Etat tiers moyennant des fonds d'une entreprise dans laquelle des biens ont été investis au sens du présent Traité, ainsi qu'aux personnes dont le transport a lieu pour le compte d'une telle entreprise.

FAIT à Tunis, le 20 décembre 1963, en quatre originaux, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:
Tannstein
Oskar Schlitter

Pour la République Tunisienne:
Ahmed ben Salah

Briefwechsel

1.

Der Vorsitzende
der tunesischen Delegation

Tunis, den 20. Dezember 1963

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Tunesien und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

„Artikel 2 findet auf eine günstigere Behandlung, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines dritten Staates auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens im Rahmen einer Wirtschaftsunion auf dem Gebiet der Zölle, Steuern und sonstigen Abgaben gewährt, unter der Voraussetzung keine Anwendung, daß eine solche Behandlung die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht gefährdet."

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Ahmed ben Salah

An den
Vorsitzenden der
deutschen Delegation
Herrn Oskar Schlitter
Tunis

Le Président de la Délégation
Tunisienne

Tunis, le 20 décembre 1963

Monsieur le Président,

Me référant au traité signé ce jour entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

« Les dispositions de l'article 2 ne seront pas applicables au traitement plus favorable accordé par l'une des Parties Contractantes aux ressortissants ou sociétés d'un Etat tiers en vertu d'un accord international dans le cadre d'une union économique en matière de douanes, d'impôts et d'autres taxes, à condition qu'un tel traitement n'affecte dangereusement la rentabilité des entreprises des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante. »

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer votre accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.

Ahmed ben Salah

Au Président
de la Délégation Allemande
Monsieur Oskar Schlitter

Tunis

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Tunis, den 20. Dezember 1963

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Tunesien und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

‚Artikel 2 findet auf eine günstigere Behandlung, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines dritten Staates auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens im Rahmen einer Wirtschaftsunion auf dem Gebiet der Zölle, Steuern und sonstigen Abgaben gewährt, unter der Voraussetzung keine Anwendung, daß eine solche Behandlung die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht gefährdet.'

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis mit Vorstehendem zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Oskar Schlitter

An den
Vorsitzenden der
tunesischen Delegation
Herrn Ahmed ben Salah
Tunis

Le Président de la Délégation
Allemande

Tunis, le 20 décembre 1963

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre en date de ce jour et dont les termes suivent:

« Me référant au traité signé ce jour entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

‹ Les dispositions de l'article 2 ne seront pas applicables au traitement plus favorable accordé par l'une des Parties Contractantes aux ressortissants ou sociétés d'un Etat tiers en vertu d'un accord international dans le cadre d'une union économique en matière de douanes, d'impôts et d'autres taxes, à condition qu'un tel traitement n'affecte dangereusement la rentabilité des entreprises des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante. ›

Je vous serais reconnaissant de confirmer votre accord sur ce qui précède. »

J'ai l'honneur de vous confirmer mon accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.

Oskar Schlitter

Au Président
de la Délégation Tunisienne
Monsieur Ahmed ben Salah

Tunis

2.

Der Vorsitzende
der tunesischen Delegation

Tunis, den 20. Dezember 1963

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, mich auf Nummer 7 des Protokolls zum Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien vom heutigen Tage zu beziehen, die folgenden Wortlaut hat:

„Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschiffahrt oder Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind, oder von Personen, wenn die Beförderung im Zusammenhang mit einer solchen Kapitalanlage erfolgt, ausschalten oder behindern. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrages angelegt sind, sowie für Personen, wenn die Beförderung im Auftrage eines solchen Unternehmens erfolgt."

Ich erlaube mir, hierzu zu bemerken, daß die oben erwähnten Bestimmungen nur im Rahmen des heute unterzeichneten Vertrages und unter dem Vorbehalt Anwendung finden, daß die von der tunesischen Regierung gegenüber der französischen Regierung auf dem Gebiet der Seeschiffahrt eingegangenen Verpflichtungen beachtet werden.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Ahmed ben Salah

An den
Vorsitzenden der
deutschen Delegation
Herrn Oskar Schlitter
Tunis

Le Président de la Délégation
Tunisienne

Tunis, le 20 décembre 1963

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur de me référer au paragraphe 7 du Protocole annexé au Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne qui est rédigé comme suit:

« Chaque Partie Contractante s'abstiendra de prendre des mesures contraires aux principes de la libre concurrence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation de la navigation maritime ou aérienne de l'autre Partie Contractante au transport de biens destinés aux investissements de capitaux au sens du présent Traité, ou de personnes dont le transport a lieu en connexion avec de tels investissements. Cette disposition s'applique également aux biens acquis sur le territoire d'une Partie Contractante ou d'un Etat tiers moyennant des fonds d'une entreprise dans laquelle des capitaux ont été investis au sens du présent Traité, ainsi qu'aux personnes dont le transport a lieu pour le compte d'une telle entreprise. »

Je me permets de faire observer que les dispositions rappelées ci-dessus ne s'appliquent que dans le cadre du Traité signé en date de ce jour, sous réserve toutefois du respect des engagements souscrits par le Gouvernement Tunisien à l'égard du Gouvernement Français en matière de navigation maritime.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me donner votre accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.

Ahmed ben Salah

Au Président
de la Délégation Allemande
Monsieur Oskar Schlitter

Tunis

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Tunis, den 20. Dezember 1963

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, mich auf Nummer 7 des Protokolls zum Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Tunesien vom heutigen Tage zu beziehen, die folgenden Wortlaut hat:

‚Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschiffahrt oder Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind, oder von Personen, wenn die Beförderung im Zusammenhang mit einer solchen Kapitalanlage erfolgt, ausschalten oder behindern. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrages angelegt sind, sowie für Personen, wenn die Beförderung im Auftrage eines solchen Unternehmens erfolgt.'

Ich erlaube mir, hierzu zu bemerken, daß die oben erwähnten Bestimmungen nur im Rahmen des heute unterzeichneten Vertrages und unter dem Vorbehalt Anwendung finden, daß die von der tunesischen Regierung gegenüber der französischen Regierung auf dem Gebiet der Seeschiffahrt eingegangenen Verpflichtungen beachtet werden.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis mit Vorstehendem zu erklären.

Ich benutze jedoch die Gelegenheit, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß nach Auffassung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dieser Vorbehalt nur so lange Bedeutung haben kann, wie eine solche Sonderregelung Frankreich durch die OECD gewährt wird.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Oskar Schlitter

An den
Vorsitzenden der
tunesischen Delegation
Herrn Ahmed ben Salah
Tunis

Le Président de la Délégation
Allemande

Tunis, le 20 décembre 1963

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre en date de ce jour et dont les termes suivent:

« J'ai l'honneur de me référer au paragraphe 7 du Protocole annexé au Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République Tunisienne qui est rédigé comme suit:

‹ Chaque Partie Contractante s'abstiendra de prendre des mesures contraires aux principes de la libre concurrence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation de la navigation maritime ou aérienne de l'autre Partie Contractante au transport de biens destinés aux investissements de capitaux au sens du présent Traité, ou de personnes dont le transport a lieu en connexion avec de tels investissements. Cette disposition s'applique également aux biens acquis sur le territoire d'une Partie Contractante ou d'un Etat tiers moyennant des fonds d'une entreprise dans laquelle des capitaux ont été investis au sens du présent Traité, ainsi qu'aux personnes dont le transport a lieu pour le compte d'une telle entreprise. ›

Je me permets de faire observer que les dispositions rappelées ci-dessus ne s'appliquent que dans le cadre du Traité signé en date de ce jour, sous réserve toutefois du respect des engagements souscrits par le Gouvernement Tunisien à l'égard du Gouvernement Français en matière de navigation maritime.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me donner votre accord sur ce qui précède. »

J'ai l'honneur de confirmer mon accord sur ce qui précède.

Je saisis cependant cette occasion pour vous informer que, de l'avis du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, cette réserve ne peut rester valable qu'aussi longtemps qu'une telle réglementation particulière est octroyée à la France par l'O.C.E.D.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.

Oskar Schlitter

Au Président
de la Délégation Tunisienne
Monsieur Ahmed ben Salah

Tunis

3

Der Vorsitzende
der tunesischen Delegation

Tunis, den 20. Dezember 1963

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Tunesien und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Republik Tunesien deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in Tunesien in die Republik Tunesien einreisen, sich dort aufhalten oder dort eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit oder Sittlichkeit entgegenstehen. Diese Regelung findet jedoch keine Anwendung auf Arbeiter ohne Fachausbildung gemäß der geltenden tunesischen Gesetzgebung über den Schutz der nationalen Arbeitskräfte."

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Ahmed ben Salah

An den
Vorsitzenden der
deutschen Delegation
Herrn Oskar Schlitter
Tunis

Le Président de la Délégation
Tunisienne

Tunis, le 20 décembre 1963

Monsieur le Président,

Me référant au traité signé ce jour entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

« Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République Tunisienne accordera aux ressortissants allemands, qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands en Tunisie désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République Tunisienne, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent. Ces dispositions ne peuvent, cependant, être appliquées aux travailleurs sans qualifications professionnelles conformément à la législation tunisienne en vigueur relative à la protection de la main-d'œuvre nationale. »

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer votre accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.

Ahmed ben Salah

Au Président
de la Délégation Allemande
Monsieur Oskar Schlitter

Tunis

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Tunis, den 20. Dezember 1963

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Tunesien und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

‚In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Republik Tunesien deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in Tunesien in die Republik Tunesien einreisen, sich dort aufhalten oder dort eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit oder Sittlichkeit entgegenstehen. Diese Regelung findet jedoch keine Anwendung auf Arbeiter ohne Fachausbildung gemäß der geltenden tunesischen Gesetzgebung über den Schutz der nationalen Arbeitskräfte.'

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden."

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis mit Vorstehendem zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Oskar Schlitter

An den
Vorsitzenden der
tunesischen Delegation
Herrn Ahmed ben Salah

Tunis

Le Président de la Délégation
Allemande

Tunis, le 20 décembre 1963

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre en date de ce jour et dont les termes suivent:

« Me référant au traité signé ce jour entre la République Tunisienne et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

‹ Entandant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République Tunisienne accordera aux ressortissants allemands, qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands en Tunisie désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République Tunisienne, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent. Ces dispositions ne peuvent, cependant, être appliquées aux travailleurs sans qualifications professionnelles conformément à la législation tunisienne en vigueur relative à la protection de la main-d'œuvre nationale. ›

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer votre accord sur ce qui précède. »

J'ai l'honneur de vous confirmer mon accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma très haute considération.

Oskar Schlitter

Au Président
de la Délégation Tunisienne
Monsieur Ahmed ben Salah

Tunis

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt sie Kredite, Garantien und Steuervergünstigungen. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitalexports und sonstigen wirtschaftspolitischen Interessen.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrages.

Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach können zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu Lasten des Bundes in der Regel dann übernommen werden, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Der deutsch-tunesische Vertrag über die Förderung von Kapitalanlagen ist nach Verhandlungen in Tunis am 20. Dezember 1963 in Tunis unterzeichnet worden. Er lehnt sich, ebenso wie die mit weiteren Staaten getroffenen Vereinbarungen gleicher Art, an die von der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträge an, soweit sich diese mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen.

Darüberhinaus regelt er sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage von Bedeutung sind, so namentlich die Frage des Transfers und des Wechselkurses. Der Vertrag ist eine rechtliche Voraussetzung für die Gewährung einer Garantie im Sinne des oben erwähnten Haushaltsgesetzes mit der Wirkung, daß bei einer Garantiegewährung in der Regel nicht mehr zu prüfen sein wird, ob durch die Rechtsordnung der Republik Tunesien oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gegeben ist.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und drei Briefwechsel beigefügt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 behandelt die Zulassung von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei.

Nach Protokollziffer 1 genießen diejenigen Kapitalanlagen, die in einem besonderen Verfahren zugelassen werden müssen, den Schutz des Vertrages erst vom Zeitpunkt der Zulassung an.

Zu Artikel 2

Artikel 2 verbietet, die Kapitalanlagen von Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei diskriminierend zu behandeln und stellt sicher, daß Staatsangehörige einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei im Zusammenhang mit ihren Kapitalanlagen unter denselben Voraussetzungen tätig werden können wie Inländer oder Angehörige dritter Staaten.

Protokollziffer 2 Buchstabe a führt Handlungen und Maßnahmen auf, die unter die Begriffe „Betätigung" und „weniger günstige Behandlung" im Sinne dieses Artikels fallen.

Nach einem Briefwechsel sind bestimmte Vergünstigungen, die auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens im Rahmen einer Wirtschaftsunion gewährt werden, dann von dem Diskriminierungsverbot des Artikels 2 ausgenommen, wenn sie die Wirtschaftlichkeit nicht begünstigter Kapitalanlagen nicht gefährden.

Protokollziffer 2 Buchstabe b stellt fest, daß das Verbot ungleicher Behandlung gemäß Artikel 2 nicht auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer anwendbar ist. In einem Briefwechsel verpflichtet sich die tunesische Regierung jedoch, die Einreise, den Aufenthalt und die Tätigkeit deutscher Facharbeiter im Zusammenhang mit Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Republik Tunesien zu genehmigen.

Zu Artikel 3

Nach Artikel 3 genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und volle Sicherheit. Enteignungen sind nur zum allgemeinen Wohl und nur gegen wertgleiche Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein muß, zulässig. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Protokollziffer 3 Buchstabe a auch die Überführung einer Kapitalanlage in öffent-

liches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht und ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand.

Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden leiden, genießen die Geschädigten hinsichtlich etwaiger Rückerstattung oder Entschädigung Inländerbehandlung. Die Zahlungen sind frei transferierbar. Nach Protokollziffer 3 Buchstabe b können die Geschädigten jedoch zur Reinvestition dieser Leistungen verpflichtet werden, falls dies zumutbar und im Interesse des Wiederaufbaus notwendig ist.

Hinsichtlich aller in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten gilt Meistbegünstigung.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den freien Transfer des Kapitals, seiner Erträgnisse und, gegebenenfalls, des Liquidationserlöses. Als Liquidation gilt nach Protokollziffer 4 Buchstabe b auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung. Unter den Begriff „freier Transfer des Kapitals" fällt nach Protokollziffer 4 Buchstabe c nur das tatsächlich eingeführte Kapital.

Zu Artikel 5

Diese Bestimmung trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in der Republik Tunesien vorgenommene Kapitalanlage Zahlungen leistet, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, das Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages zu dem Kurs zu erfolgen haben, der nach dem Abkommen über den Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt. Dieser Kurs muß innerhalb der nach dem vorgenannten Abkommen zugelassenen Schwankungsbreite oberhalb oder unterhalb der Parität liegen. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs, oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Die Transferierungen müssen unverzüglich vorgenommen werden. Protokollziffer 5 erläutert den Ausdruck „unverzüglich".

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlagen als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist der Satz 2, nach dem jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen dieses Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtung dar.

Zu Artikel 8

Artikel 8 enthält Definitionen der Ausdrücke „Kapitalanlage", „Erträge", „Staatsangehörige" und „Gesellschaften".

Protokollziffer 6 Buchstabe b stellt fest, daß unter den Begriff „Erträge" nur die jeweiligen Nettobeträge der Gewinnanteile und Zinsen zu verstehen sind.

Protokollziffer 6 Buchstabe c regelt den Nachweis der Staatsangehörigkeit.

Nach Protokollziffer 6 Buchstabe a sind Erträge aus Kapitalanlagen und aus wiederangelegten Erträgen ebenso geschützt wie die Kapitalanlage selbst.

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 gelten die Bestimmungen des Vertrages auch für solche Kapitalanlagen, die seit dessen Unterzeichnung in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Anlagelandes vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Artikel 10 berechtigt jede Vertragspartei, im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, soweit diese durch diplomatische Verhandlungen nicht beigelegt werden können, ein von den Vertragsparteien zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und für die Schiedsverfahren geltende Grundsätze.

Zu Artikel 11

In Artikel 11 verpflichten sich die Vertragsparteien, den Schutz von Kapitalanlagen nach Maßgabe des Vertrages auch für den Fall von Auseinandersetzungen zu gewährleisten. Unberührt bleiben jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund des Völkerrechts zulässig sind.

Zu Artikel 12

Der Vertrag soll — mit Ausnahme derjenigen Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Der Vertrag enthält daher eine Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin. Die Ausnahme hinsichtlich der Luftfahrt trägt den Bestimmungen der Nummer III Buchstabe b der Erklärung der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin vom 5. März 1955 über die Stellung Berlins nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge [BKC/L(55)3] sowie des Artikels 5 des Zwölften Teils des Vertrages vom 23. Oktober 1954 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen Rechnung.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt 10 Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere 20 Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll erläutert in sechs Ziffern einzelne Ausdrücke oder Bestimmungen des Vertrages. Auf diese Ziffern ist in den Erläuterungen zu Artikel 2, 3, 4, 6 und 8 hingewiesen worden.

Ziffer 7 enthält die sogenannte Verkehrsklausel, eine Bestimmung, die diskriminierende Maßnahmen auf dem Gebiet der Seeschiffahrt und der Luftfahrt ausschließt. Dies gilt für die Beförderung von Gütern, die für eine Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind oder mit Mitteln eines Unternehmens im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist.

Nach einem Briefwechsel wird diese Klausel jedoch nur unter dem Vorbehalt angewendet, daß die tunesischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich auf dem Gebiet der Seeschiffahrt unberührt bleiben.

Zu den Briefwechseln

Zum Vertrag gehören drei Briefwechsel. Sie sind unter Artikel 2 und Protokollziffer 7, auf die sie sich beziehen, bereits behandelt worden.

Bo 20 162 6. 65